

- 2 **Sozialpolitik** Das Bürgergeld ist nicht zu hoch
- 3 **Unternehmen** Dax-Vorsitzende machen Kasse
- 4 **Energiewende** Stromnetze unter Hochspannung
- 5 **20 Jahre SE** Nichts zu feiern
- 6 **Arbeitszeit** Doppelt arbeiten macht nicht zufrieden

TARIFBILANZ 2024

Erstmals wieder kräftiges Reallohnplus

Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr deutlich. Das gibt auch der Kaufkraft einen Schub. Die Verluste der letzten Jahre sind aber noch nicht ausgeglichen.

Die Tariflöhne in Deutschland steigen im Jahr 2024 nominal um durchschnittlich 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Da die Inflation in diesem Jahr deutlich zurückgegangen ist, ergibt sich mit durchschnittlich 3,2 Prozent erstmals seit Jahren wieder ein kräftiger Reallohnzuwachs, wie die aktuelle WSI-Tarifbilanz zeigt.

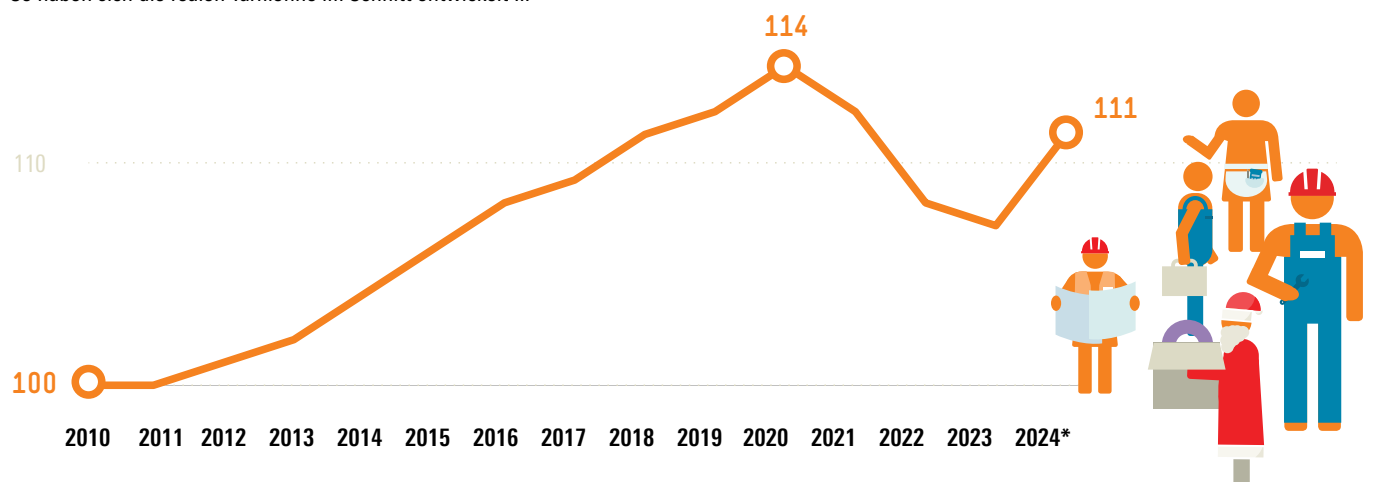
Nominal entspricht der Anstieg der Tariflöhne im Jahr 2024 exakt dem des Vorjahres. Im längerfristigen Vergleich ist er jedoch hoch. „Die Tariflohnentwicklung des Jahres 2024 ist nach wie vor eine Reaktion auf die außergewöhnlich hohen Inflationsraten der Vorjahre, in denen die Beschäftigten einen erheblichen Rückgang der Reallohne hinnehmen mussten“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Durch die kräftigen Reallohnzuwächse in diesem Jahr konnten die Kaufkraftverluste der drei Vorjahre etwa zur Hälfte kompensiert werden. Es besteht weiterhin Nachholbedarf.“

In diesem Jahr wurden für rund 12,6 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge abgeschlossen. Hinzu kommen Tarifierhöhungen für weitere 7,9 Millionen Beschäftigte, die bereits 2023 oder früher vereinbart wurden. Insgesamt profitieren 2024 also gut 20 Millionen Beschäftigte von tariflichen Lohnsteigerungen. „Solche Zahlen machen deutlich, dass das Tarifsysteem ein wichtiges Instrument ist, um materielle Teilhabe zu gewährleisten. In einer Zeit, in der sich viele Menschen Sorgen machen, ob sie künftig ihren Lebensstandard halten können, ist es ein besonders wichtiger Faktor gesellschaftlicher Stabilisierung“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tariflöhne leisten im Jahr 2024 erneut die sogenannten Inflationsausgleichsprämien, die in nahezu allen großen Tarifbranchen und vielen kleinen Tarifbereichen vereinbart wurden. Dabei handelt es sich um steuer- und > > > >

Trotz Zuwachs immer noch Nachholbedarf

So haben sich die realen Tariflöhne im Schnitt entwickelt ...



*Daten für alle bis zum 29.11.2024 vereinbarten Tarifierhöhungen; 2010 = 100
Quelle: WSI 2024

abgabenfreie Einmalzahlungen, die den Beschäftigten im Vergleich zu einer regulären Tarifierhöhung einen höheren Nettolohn und den Arbeitgebern niedrigere Arbeitskosten bescherten. „Allerdings sind die Inflationsausgleichsprämien als Einmalzahlungen durchaus ein zweischneidiges Schwert“, so Tarifexperte Schulten. „Auf der einen Seite haben sie kurzfristig geholfen, Kaufkraftverluste zu begrenzen, und

sorgen in diesem Jahr für besonders hohe Reallohnzuwächse. Schon jetzt ist allerdings auch absehbar, dass sich der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien im Jahr 2025 stark dämpfend auf die Tariflohnentwicklung auswirken wird.“ <

Mehr Informationen: <https://www.wsi.de/de/tarifarchiv-15262.htm>

SOZIALPOLITIK

Das Bürgergeld ist nicht zu hoch

In einer aktuellen Blog-Serie des WSI zu „Mythen der Sozialpolitik“ setzen sich Forschende mit Klischees in der sozialpolitischen Debatte auseinander. Ein solches Klischee ist die Behauptung, das Bürgergeld sei zu hoch und mache Arbeit unattraktiv.

Die Debatte ums Bürgergeld flammt immer wieder auf. Dabei kursieren „eine Vielzahl populistischer Thesen, aber wenig Fakten“, so Jutta Schmitz-Kießler, Professorin an der Hochschule Bielefeld und Expertin für Sozialpolitik. So würde häufig die jüngste Anpassung der Regelbedarfe als überzogen kritisiert und gefordert, das vermeintlich üppige Bürgergeld nicht weiter zu erhöhen, um mit Nullrunden

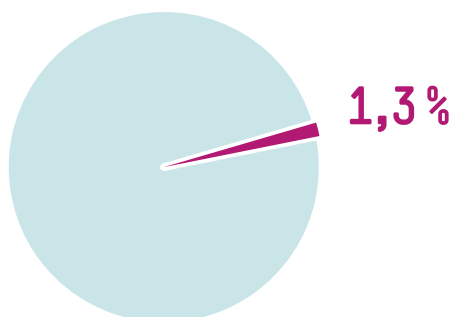
einmal 4,2 Prozent des gesamten Sozialbudgets aus. „Das legt nahe, dass Einsparungen im Grundsicherungssystem keineswegs horrenden Beträgen freisetzen und anderweitig Investitionen möglich machen würden.“

Der nächste Punkt: Lädt das Bürgergeld zum Nichtstun auf Staatskosten ein, weil sich die Aufnahme einer Arbeit gar nicht lohnen würde? Die Antwort ist einfach: Nein, weil

die Grundsicherung so konstruiert ist, dass eine Person, die – wenigstens einen kleinen – Job annimmt, immer mehr Einkommen hat als jemand ohne Erwerbsarbeit. Das könne allenfalls in „konstruierten Einzelfällen“, die praktisch nicht ins Gewicht fallen, anders sein. Dennoch wird regelmäßig argumentiert, geringere Leistungen wären ein probates Mittel, den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, sich eine Stelle zu suchen. Dem ist unter anderem entgegenzuhalten, dass es rechtlich strittig ist, ob Leistungen, die das soziokulturelle Existenzminimum sichern sollen, überhaupt gekürzt werden können. Außerdem ist es eine „Illusion“ zu glauben, „die meisten Grundsicherungsbeziehenden hätten die freie

Überschätzte Kosten

Von seiner Wirtschaftsleistung wendete Deutschland 2023 für das Bürgergeld auf ...



Quelle: BMAS 2024

Hans Böckler
Stiftung

für Arme den Staatshaushalt zu entlasten. Tatsache ist jedoch: Die Grundsicherung ist von 2005, dem Inkrafttreten der Hartz-Reformen, bis 2023 etwa im gleichen Maße gestiegen wie die Preise – und weniger als die Löhne. Auch die Erhöhung Anfang des laufenden Jahres wird lediglich die Preissteigerung ausgleichen, aber nichts daran ändern, dass das Bürgergeld hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt. Im kommenden Jahr werden die Regelsätze nicht erhöht, was für Bedürftige reale Verluste bedeutet. Das Bürgergeld zu kürzen wäre „eine fatale Fehlentscheidung, gerade für diejenigen, die zu den Schwächsten der Gesellschaft gehören“, so Schmitz-Kießler.

Zumal auch die Vorstellung abwegig ist, das Bürgergeld sei der entscheidende Posten im Staatshaushalt. Tatsächlich macht es mit rund 54 Milliarden Euro jährlich gerade

Wahl zu arbeiten“. Rund ein Drittel ist gar nicht erwerbsfähig, die meisten davon sind Kinder. Elf Prozent haben ganz normale ungeforderte Jobs, mit schlechter Bezahlung oder zu wenigen Arbeitsstunden. Ebenso viele sind in Ausbildung, acht Prozent sind wegen Erziehungs- oder Pflegeaufgaben von der Arbeitssuche freigestellt. Viele leben zudem in strukturschwachen Regionen, in denen es schlicht keine passenden freien Stellen gibt. „Verschärfungen beim Bürgergeld werden keinen einzigen Arbeitslosen langfristig in Arbeit bringen, wären aber eine erhebliche Gefahr für den sozialen Frieden“, warnt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. <

Quelle: Jutta Schmitz-Kießler: Hartnäckig, aber falsch: Die Kritik an der Bürgergelderhöhung, WSI-Blog-Serie „Mythen der Sozialpolitik“, August 2024 [Link zur Studie](#)